



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstruktur- reform

15. Sitzung (öffentlich)

23. August 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung1

**1 Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen – Erster
 Zwischenbericht zu Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau und
 Binnenmodernisierung**

Vorlagen 14/517 und 14/5761

- Diskussion1
- Ergebnis17

Landtag Nordrhein-Westfalen	- II -	APr 14/237
Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform		23.08.2006
15. Sitzung (öffentlich)		rß

2 **Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsgesetz NRW – StaBefrG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1860

Vorlagen 14/517, 14/518, 14/51917

- Diskussion17
- Ergebnis19

3 **Gesetz zur Aufhebung des Tariftreuegesetzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/185919

- Ergebnis: *Zustimmung*20

4 **Kirchengebäude erhalten statt abreißen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1108

Stellungnahme 14/40420

- Diskussion20
- Ergebnis: *Ablehnung*20

5 **Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/471 – Neudruck

Stellungnahme 14/468
Ausschussprotokoll 14/215

In Verbindung damit:

Landtag Nordrhein-Westfalen	- III -	APr 14/237
Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform		23.08.2006
15. Sitzung (öffentlich)		rß

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Drucksache 14/1991	21

- Diskussion.....21
- Ergebnis: *Zustimmung*21

6 **Lärmschutz als Gesundheitsvorsorge**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1991

In Verbindung damit:

7 **Umfassende Luftreinhaltung NRW – Die Landesregierung muss sich dieser Herausforderung für Umwelt und Gesundheit stellen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Drucksache 14/1992	21

- Diskussion.....21
- Ergebnis: *Ablehnung*22

8 **Gesetz zur Entbürokratisierung der Beitreibung von Gebühren- und Auslagenrückständen bei der Zulassung von Fahrzeugen des Landes Nordrhein-Westfalen (Beitreibungserleichterungsgesetz/Kfz-Zulassung – BEG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2080

Stellungnahmen 14/528 und 14/545	23
--	----

- Ergebnis: *Zustimmung*23

9 **Konzept zur Optimierung des Landesbetriebes Straßenbau**

Bericht des Innenministeriums

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	23
---	----

- Diskussion.....23

Insofern könne man über die Landeshundeverordnung oder auch über das Dienstrecht oder über die Veränderungen im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes im kommunalen Bereich, die aber noch keine Entsprechung im Dienstrecht für Beamte hätten, reden und fragen, ob man an der Stelle Bewegungsmöglichkeiten habe. Das wisse und überblicke er im Moment nicht, wohl aber diejenigen, die vor Ort die Verantwortung hätten und mit den Regelungen umgehen müssten. Dafür gebe es dieses Gesetz als Angebot.

Vorsitzender Edgar Moron möchte wissen, ob dazu auch die in der Gemeindeordnung geregelten Bereiche gehörten.

MDgt Johannes Winkel (IM) antwortet, der Gesetzentwurf gelte für die Bereiche, in denen im Augenblick das geltende Recht solche Befreiungsmöglichkeiten nicht vorsehe. Man habe diese Befreiungsmöglichkeiten im Kommunalverfassungsrecht schon jetzt über den § 126. Man habe auch in anderen Gesetzen solche Experimentierklauseln. Es würde wenig Sinn machen, hier unterschiedliche Regelungen nebeneinander zu setzen. Deswegen werde an der Stelle auch eine Abgrenzung im Gesetzentwurf vorgenommen. Die Gemeindeordnung gelte also konkret nicht.

Ralf Jäger (SPD) meint, nach Lesen der Vorlage fehle die Fantasie für einen möglichen Anwendungsbereich. Seine Fraktion bitte die Landesregierung darum, zumindest einmal exemplarisch darzustellen, wo denn dieses Gesetz Anwendung finden könnte. Vielleicht lasse sich dabei der ein oder andere Oberbürgermeister zurate hinzuziehen. Kommunalfreundlichkeit sollte nicht simuliert werden, sondern tatsächlich angewandt werden.

PStS Manfred Palmen (IM) entgegnet, der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf habe angekündigt, dass er zu dem Bereich eine Reihe von Vorschlägen machen werde.

Vorsitzender Edgar Moron hält als **Ergebnis** fest, man entscheide über den Gesetzentwurf in der nächsten Sitzung und werde die mitberatenden Ausschüsse um ihre Voten bis dahin bitten. Er habe im Übrigen nicht den Eindruck, dass seitens der Landesregierung eine entsprechende Reaktion auf den Wunsch erfolge, einen Beispielskatalog hier vorzustellen.

3 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreuegesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1859

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, der federführende Wirtschaftsausschuss wolle seine Beratungen abschließen und bitte um ein Votum dieses Ausschusses.

Ohne Debatte stimmt der **Ausschuss** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN dem Gesetzesentwurf zu. Das Votum ergeht an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie.

4 Kirchengebäude erhalten statt abreißen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1108

Stellungnahme 14/404

Vorsitzender Edgar Moron teilt mit, dazu habe der Ausschuss eine Stellungnahme des Städtetages erhalten. Am 11. Mai habe es eine Anhörung des federführenden Hauptausschusses gegeben, der seine Beratungen in Kürze abschließen wolle.

Horst Becker (GRÜNE) geht davon aus, dass der Antrag nach der Anhörung und dem Eingang der Stellungnahme relativ konsensual verabschiedet werden könne.

Wolfgang Aßbrock (CDU) kündigt für seine Fraktion Ablehnung des Antrags an. Die Begründung sei bereits in der Plenardebatte ausreichend dargestellt worden.

Hans-Willi Körfges (SPD) hätte vorgeschlagen, auf ein Votum zu verzichten. Da der Wunsch auf Abstimmung bestehe, werde man dem Antrag aus ähnlichen Gründen wie die der Kollegen der CDU nicht zustimmen.

Sodann lehnt der **Ausschuss** den Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen ab; dieses Votum ergeht an den federführenden Hauptausschuss.